

## Positionspapier

# Integration als Chance

## **LIGA der Freien Wohlfahrtspflege - Spitzenverbände im Land Brandenburg fordert ein systematisches integrationspolitisches Maßnahmenpaket im Land Brandenburg**

Die Landesregierung Brandenburg hat bereits 2014 ein Landesintegrationskonzept (LIK) mit dem Titel „Integration als Chance: Zuwanderung und Integration als Chance für Brandenburg“ erarbeitet und 2017 aktualisiert. Ziel der Aktualisierung war die Weiterentwicklung und Anpassung an die Veränderungen, die sich in den Jahren 2015-2016 ergeben hatten.

Damals wie heute begrüßte die LIGA Brandenburg den expliziten Verweis auf die Dimension der **Chancen** der Integration. Als die Landesregierung die Aktualisierung des LIK veröffentlichte, geschah dies vor dem Hintergrund einer öffentlichen Diskussion, die insbesondere auf die Probleme im Bereich der Integration fokussierte. Knapp ein Jahr später und ein Jahr vor der nächsten Landtagswahl in Brandenburg stellen die LIGA-Verbände mit Sorge fest, dass sich daran bislang nichts geändert hat. Vielmehr hat sich die öffentliche Diskussion sowohl dem Inhalt nach, als auch im Ton weiter verschärft. Die LIGA tritt dieser Entwicklung entgegen und weist erneut und mit Nachdruck darauf hin, dass in der Integration der zu uns geflüchteten Menschen eine große Chance für unser Bundesland liegt, die wir gemeinsam ergreifen und umsetzen müssen.

Die Chancen für Brandenburg sind bei einer gelingenden Integration zugewanderter Menschen und deren Verbleib im Land Brandenburg nicht zuletzt vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklungen sowohl sozialgesellschaftlich als auch wirtschaftlich zu verorten. Fachkräftesicherung und Entwicklung des Landes hängen im großen Maße von der Aufnahmebereitschaft und der Eröffnung von Perspektiven ab. Dort wo Menschen ihre Zukunft aufbauen und eigenbestimmt ihren Lebensunterhalt sichern können, werden sie sich engagieren und zukünftig bei der Entwicklung des Landes mitwirken. Damit dies gelingen kann, braucht es gute und verlässliche Rahmenbedingungen. Diese sind im LIK benannt. Sie müssen aber systematisch mit Maßnahmen unteretzt und deren Umsetzung prozessual evaluiert werden. Notwendig ist ein Maßnahmenkatalog aufbauend und begleitend zum LIK.

Die im LIK benannten sieben Handlungsfelder und die Zielsetzungen wurden anhand exemplarischer Aktivitäten in den einzelnen Bereichen im Land Brandenburg illustriert. Um diese Ziele jedoch flächendeckend und zukünftig erfolgreich zu erreichen, fordert die LIGA Brandenburg von der Landesregierung Brandenburg die konsequente Untersetzung der Themenschwerpunkte mit Maßnahmen, Umsetzungsstrategien und Wirkungsanalysen zu allen Punkten des LIK 2017. Bei allen Initiativen und Maßnahmen der Landesregierung sollte die Förderung der Integration Geflüchteter als vorrangiges Ziel bedacht werden.

Dies bedeutet Handlungskonzepte und ein messbares Wirkungs- und Erfolgscontrolling in den sieben Handlungsfeldern:

1. Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur
2. Überwindung von Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus
3. Bildung als Grundlagen für Chancengleichheit, von der frühen Kindheit bis ins Erwachsenenalter
4. Eröffnung von beruflichen Perspektiven
5. Gesundheitliche Versorgung / Zugang zu medizinischer Versorgung
6. Zeitgemäße Asyl- und Flüchtlingspolitik
7. Gesellschaftliche Teilhabe in allen Bereichen

Die Zeit drängt, denn die häufig jungen Geflüchteten brauchen Perspektiven, damit Integration zur echten Chance für das Land Brandenburg wird!

Aus Sicht der LIGA Brandenburg sind nachfolgende Forderungen grundlegend für eine erfolgreiche Integration im Land Brandenburg:

#### Bildungs- und berufliche Perspektiven ermöglichen:

- Gewährleistung eines Zugangs zu Deutschkursen für alle Geflüchteten und Ausbau der berufsbezogenen Sprachkurse: Zu den existierenden Kursen des BAMF haben in der Realität nicht alle Geflüchteten Zugang. Hier geht wertvolle Lebenszeit insbesondere für junge Menschen sowie dringend notwendige Perspektiven z.B. in Richtung einer Ausbildung für viele junge Geflüchtete verloren! Notwendig sind ergänzende unbürokratische, landesfinanzierte Angebote auf Grundlage einer aktuellen Übersicht an tatsächlich verfügbaren Sprachkursen (Zielgruppen, Auslastungsgrad, erreichte Sprachniveaus) im Land Brandenburg sowie ein Ausbau der berufsbezogenen Sprachkurse
- Sicherstellung des Zugangs zu Kita-Plätzen für alle geflüchteten Kinder: Die „Gewährleistung eines frühen, niedragschwelligen Zugangs zu Kindertagesbetreuungsangeboten für Kinder mit Migrationshintergrund“ ist in vielen Regionen nicht Realität. Zusätzliche Kapazitäten einschließlich zusätzliches qualifiziertes pädagogisches Personal müssen dringend geschaffen und kurzfristig Zwischenlösungen für die nicht erreichten Kinder gefunden werden. Die für Spracherwerb und Integration der gesamten Familie ganz entscheidende Lebensphase zwischen 3 und 6 Jahren muss politische Priorität haben!
- Da die zur Vorbereitung auf eine Ausbildung eingeführten BFS-G-Plus-Kurse nicht den anvisierten Erfolg hatten, müssen entsprechende Modifizierungen im

Curriculum vorgenommen werden, insbesondere muss der Anteil des Deutschunterrichts dringend erhöht werden.

- Ermöglichung der Ausbildungsduldung bereits für Einstiegsqualifizierungen (EQi), besonders bei EQi mit positiver Erfolgsprognose durch die Handwerkskammer. Zudem sollte sie grundsätzlich sechs Monate vor Ausbildungsbeginn erteilt werden.
- Integration in Ausbildung und Arbeitsmarkt weiter erleichtern: Das Interesse seitens der brandenburgischen Wirtschaft ist angesichts des steigenden Fachkräftebedarfs groß. Oftmals herrscht jedoch Unklarheit, unter welchen Voraussetzungen eine Beschäftigung oder Ausbildung von Geflüchteten möglich ist. Die Unterteilung von Menschen in diejenigen mit und ohne gute Bleibeperspektive nach entsprechenden Herkunftsländern ist dabei wenig hilfreich, da der individuelle Anspruch auf Asyl nach der Prüfung durch das BAMF auch bei vielen Menschen aus vermeintlich sicheren Herkunftsländern zu einer Duldung bzw. Anerkennung als Flüchtling führen.

#### Eine zeitgemäße Flüchtlings- und Asylpolitik umsetzen:

- Beachtung der gültigen menschenrechtlichen Standards: Menschenrechte sind international und im Rahmen des Grundgesetzes verbrieftes Recht und gelten für alle Menschen, egal welcher Herkunft. Die LIGA Brandenburg fordert die Durchsetzung dieser Rechte für alle Menschen im Land Brandenburg inklusive aller Geflüchteten.
- Implementierung eines landesweiten Feststellungsverfahrens für besonders schutzbedürftige Personengruppen (z.B. Geflüchtete mit Beeinträchtigungen): Zugänge zu einem transparenten Verfahren in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes sind zu gewährleisten und eindeutige Verfahrenswege zur Durchsetzung der daraus folgenden identifizierten Bedarfe bei den Kostenträgern in den Kommunen zu schaffen.
- Besonderen Schutz der Familie konsequent umsetzen: Die LIGA Brandenburg spricht sich dafür aus, das Landesaufnahmeprogramm für syrische Geflüchtete auf weitere Herkunftsländer auszuweiten und die Möglichkeit des Familiennachzugs zu Schutzberechtigten großzügig zu gestalten sowie vorhandene Ermessensspielräume zu nutzen. Interessierten Kommunen sollte die Möglichkeit gegeben werden, Nachzug in diesem Rahmen zuzulassen. Beim Familiennachzug zu unbegleiteten Minderjährigen muss in jedem Einzelfall das Kindeswohl im Vordergrund stehen. Eine dauerhaft e Trennung von Familienmitgliedern und die Sorge um ihr Wohlergehen im Herkunfts- oder Drittland belastet die hier lebenden Schutzberechtigten und verhindert ihre zügige Integration. Eine Ausweitung und großzügigere Gestaltung des Programms würde dem hohen Ansehen, das das Recht auf Zusammenleben in der Familie in unserer Gesellschaft genießt, Rechnung tragen und zum sozialen Frieden beitragen.

- Unabhängige und qualitätsgesicherte Beratungsangebote im Rahmen der Migrationssozialarbeit (MSA) der Landkreise: Im Landesaufnahmegesetz wurde den Landkreisen die Aufgabe übertragen eine an die Wohn- und Unterbringungssituation angepasste Beratung und Betreuung sicherzustellen. Die Grundlage einer jeden Beratung und insbesondere einer Begleitung über einen längeren Zeitraum, stellt das Vertrauen zwischen Klient\_innen und Berater\_innen dar. Zur Vermeidung von Interessenskollisionen sollten die Landkreise die Aufgaben der MSA an nichtstaatliche und gemeinwohlorientierte Träger vergeben werden. Eine landesseitige Evaluation und fachpolitische Steuerung spielen eine zentrale Rolle bei der Sicherung einer qualitativ hochwertigen Angebotsstruktur im Land Brandenburg.
  
- Weitere Umsetzung der bestehenden landesrechtlichen Bestimmungen im Bereich Wohnen: das erklärte Ziel der Landesregierung, Menschen schnell in den eigenen Wohnraum zu vermitteln und ihnen damit ihre Rückzugsmöglichkeit und Privatsphäre zu ermöglichen wurde bislang unzureichend umgesetzt – wohlwissend, dass die Unterbringung im Sozialraum, im eigenen Quartier, die beste Prävention gegen Gewalt und ein bewährtes Integrationsprinzip ist. Die LIGA Brandenburg fordert eine Umsetzung der Ansatzpunkte im LIK zur Unterbringung in Wohnungen. Dazu braucht es weitere Anreize der Landesregierung, geförderten Wohnungsbau, faire Vergabeverfahren und wirksamen Schutz vor Diskriminierung.
  
- Keine sogenannten Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungszentren (AnKER-Zentren) in Brandenburg. : Der Aufenthalt sollte wie bisher auf sechs Monate beschränkt bleiben -unabhängig von der Bleibeperspektive der Betroffenen, eine Verlängerung der Unterbringung auf bis zu 18 Monate hätte erhebliche negative Auswirkungen auf die Integration der –zu einem großen Teil jungen –Geflüchteten in die Gesellschaft, wenn ihnen eine eigenständige Lebensführung und die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme auf längere Zeit verwehrt blieben. Eine überdurchschnittliche Härte bedeutet dies auch für Personengruppen wie Kinder, Jugendliche und deren Familien, Menschen mit Beeinträchtigungen (z.B. Traumata) und andere besonders schutzbedürftige Gruppen. Noch weiter vorangetrieben werden sollte vielmehr, Menschen so früh wie möglich in eigenen Wohnungen unterzubringen.

Die LIGA Brandenburg setzt sich dafür ein, vorhandene Integrationsprobleme systematisch anzugehen, ohne die Chancen der Integration für das Land aus dem Blick zu verlieren.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür Sorge tragen, dass das Landesintegrationskonzept „Integration als Chance: Zuwanderung und Integration als Chance für Brandenburg“ umgesetzt wird und mit konkreten Maßnahmen gefüllt wird. Die Messbarkeit von Integration ist letztlich ein gutes Zusammenleben aller Menschen in Brandenburg!

*Stand: Potsdam, den 09. Oktober 2018.*

Seite 4 von 4

